

Ausführungen der FWG-Fraktion zum Haushaltsentwurf 2009 der Verwaltung:

Sehr geehrter Herr Stadtverordnetenvorsteher, sehr geehrter Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren.

Da die heutige Sitzung des Parlamentes fast ganz im Zeichen der Haushaltsberatung steht, gestatten Sie mir eine einführende allgemeine Erläuterung, die schlussendlich zur Begründung des Stimmverhaltens der FWG betreffend die vorliegenden Anträge zum Haushaltsentwurf führen wird.

Sicher ist die aktuelle weltweite Finanz- und Wirtschaftskrise beherrschendes Thema der Nachrichtensendungen in Funk und Fernsehen sowie in der Presse. Mehr und mehr werden auch Groß-Bieberauer Bürger direkt persönlich betroffen, besonders die, welche ihr tägliches Brot in der freien Wirtschaft verdienen, nämlich durch Kurzarbeit oder gar Angst um ihren Arbeitsplatz. Optimisten reden heute von einem schweren Sturm, der vorüberzieht, Pessimisten (oder sind dies gar die Realisten ?) erwarten eine anhaltende wirtschaftliche Rezession. Bürger halten ihr Geld zusammen, Investitionen werden vor dem Hintergrund der schwierigen Kreditsituation derzeit eher aufgeschoben. Auf eine mittel- oder gar kurzfristige Besserung der Situation mag derzeit niemand wetten. Auch die Finanzen der Stadt Groß-Bieberau selbst werden von der Krise nicht verschont. Aktuelle Gewerbesteuerrückzahlungen in Millionenhöhe sowie zukünftige Einbrüche mahnen zum Sparen. Der Bürgermeister selbst spricht in seiner Begrüßung zum neuen Jahr im Blättchen davon, dass der Gürtel für 2009 noch enger geschnallt werden muss. Zum einen waren diese Rahmenbedingungen für die Freie Wählergemeinschaft Vorgabe, als wir uns mit dem Entwurf des Haushaltes 2009 der Verwaltung intensiv – und das heißt in ausführlichen, sich über einen ganzen Tag und einen Abend hinziehenden, durchaus kontroversen Diskussionen, auseinandergesetzt haben.

Zum anderen haben wir die aktuelle „vergleichende Prüfung Haushaltsstruktur 2007: kleinere Gemeinden“ zu Rate gezogen und zu beherzigen, in der es unter anderem heißt:

- „Die sehr personalintensive Verwaltung der Stadt wirkt sich negativ aus“
- „Der Personalbestand nimmt einen Spitzenplatz im Vergleich ein“
- „Im Bereich der allgemeinen Verwaltung, der Kämmerei und im Ordnungswesen zeigten sich die wesentlichen Sparpotenziale“

Wir von der FWG haben uns aus diesen Gründen bemüht, die finanzielle Situation der Stadt Groß-Bieberau durch Einsparmaßnahmen zu verbessern, welche einen langfristigen Effekt zeigen, und nicht durch Erhöhung von Abgaben den Bürger in der derzeitigen schwierigen Situation zusätzlich zu belasten. Wir haben uns dafür entschieden, weniger dringende Maßnahmen zurückzustellen, jedoch Projekte, die dazu beitragen, mittel- und langfristig die Perspektive von und Lebensqualität in Groß-Bieberau zu verbessern, zu priorisieren und anzuschieben.

Die heute zur Abstimmung stehende Maßnahme „Umbau Rathaus“ fällt nicht unter diese Kategorie, daher wird die FWG-Fraktion diesen Antrag ablehnen. Wir sind der Auffassung, dass hier kein kurzfristiger Handlungsbedarf besteht – ein solcher Umbau ist unserer Meinung nach ein typisches Projekt für Zeiten, in denen Geld übrig ist. Dies ist nach übereinstimmender Auffassung sicher aller Parlamentarier derzeit nicht der Fall. Es ist dem Bürger nicht zu vermitteln, dass ab 2010 Abgaben erhöht werden sollen und z.B. eine Abholung der Weihnachtsbäume durch den Bauhof nicht wirtschaftlich sei, demgegenüber jedoch – wie von der Koalition beantragt - 80.000 Euro für eine Umgestaltung des Rathauses zur Verfügung gestellt werden können. Zumal noch nicht einmal ein Konzept für eine solche Neugestaltung vorliegt, unserer Auffassung nach sogar die Gefahr besteht, im Zuge eines Ankaufs des Anwesens Rieß und entsprechender Nutzung Geld zu „verbrennen“ wird. Es sei darüber hinaus

darauf hingewiesen, dass eine Reduzierung des Ansatzes von 180.000 auf 80.000 Euro – wie von der Koalition beantragt – nicht automatisch bedeutet, dass diese neu angesetzten 80.000 Euro – wie heißt es so schön: Ende der Fahnenstange bei den Ausgaben sind. Im Nachtragshaushalt können bei Bedarf weitere Mittel nachgeschossen werden.

Ein weiterer und letzter Aspekt ist die damit verbundene zeitliche Belastung der Verwaltung, insbesondere des Bürgermeisters. In 2009 stehen wichtige Projekte an: Weiterentwicklung von Neubaugebiet und Brauereigelände, Innenstadtentwicklung, um nur einige anzuführen. Die Situation des Einzelhandels in Groß-Bieberau ist dramatisch zu nennen, wenn schon alteingesessene Geschäfte und Kundenmagneten, die den Namen der Stadt im Firmennamen tragen, unsere Gemeinde aus wirtschaftlichen Gründen verlassen müssen. Wir würden dem Bürgermeister dringend empfehlen, seine Prioritäten entsprechend zu setzen.

Daher zeugt der geplante Umbau des Rathauses unter den gegebenen Rahmenbedingungen aus vielerlei Gründen von mangelnder Sensibilität. Nach unserer Meinung sollte diese Maßnahme zurückgestellt werden.

Die Fraktion der Freien Wählergemeinschaft stellt folgend meinen vorangegangenen Ausführungen zum Entwurf des Haushaltsplans 2009 folgende Änderungsanträge:

Zuweisung zu Seniorenarbeit 3.500 € (alt: 2.500 €)
Zur Anschubfinanzierung von Seniorenbeirat und –konzept für kleinere Anschaffungen, Vorträge etc.

Planungen allgemein 35.000 € (alt: 5.000 €)

Verwendungszweck:

Konzept Innenstadtentwicklung

Ein entsprechender FWG-Antrag im Parlament wurde einstimmig befürwortet. Nach FWG-Informationen hat die Verwaltung zu diesem Thema Kontakt zu Architekten aufgenommen. Sicher wird für die Erarbeitung von entsprechenden Konzepten Geld benötigt.

Der FWG-Antrag zur Erstellung eines Energiekonzeptes für Groß-Bieberau wurde in die zuständigen Ausschüsse überwiesen. Falls hier entsprechende Aktivitäten gestartet werden sollen, sollte die Finanzierung sichergestellt sein.

Unter dieses Thema fällt auch die Erarbeitung von Einsparpotenzialen in der Bewirtschaftung z.B. städtischer Liegenschaften. Dazu später mehr.

2. Finanzhaushalt:

Reduzierung des Ansatzes: „Auszahlung f. Baumaßnahmen“ um 50.000 € auf 150.000 Euro betreffend das Projekt Sanierung Schuchmannsbrücke Rodau. Wir halten den Ansatz – verglichen mit der Maßnahme „Eiserner Steg“ für ausreichend.

Verkauf der städt. Liegenschaft in der Lagerhausstraße. Realistisch zu Erlösen: 120.000 €

Sperrvermerk auf die Ausgaben (geplant 100.000 €) für die Trauerhalle, bis im Zusammenhang mit der Erschließung des Baugebietes „Mühlberg“ eine entsprechende Planung vorliegt.

3. Stellenplan:

Entsprechend meinen vorangegangenen Erläuterungen zum Rathausumbau folgen wir den Ausführungen der vergleichenden Prüfung und beantragen folgendes:

- Das Sekretariat wird nach dem Ausscheiden von Frau Fickel nur mit ½ Stelle besetzt.
- ½ Stelle Stadtkasse bleibt dauerhaft unbesetzt (Reduzierung auf insgesamt eine Stelle)
- Die im städt. Bau- und Betriebshof nächste über den Vermerk „künftig wegfallend“ hinaus künftig frei werdende Stelle bleibt ebenfalls unbesetzt.

Unserer Auffassung nach bestehen hier mittel- bis langfristig auch durch eine intensivere Zusammenarbeit mit den Verwaltungen der Nachbargemeinden (z.B. Fischbachtal) Möglichkeiten zur Nutzung von Synergieeffekten und damit Einsparpotenzialen.

4. Konsolidierung / Sicherungskonzept:

Wie schon erläutert liegt das Augenmerk der FWG entschieden darauf, Einsparpotenziale zu realisieren und nicht den einfachen Weg einer Abgabenerhöhung zu gehen. Dies schlägt sich auch in unseren Anträgen zum Haushaltssicherungskonzept nieder (Werte jeweils in 1.000 Euro, in Klammern die Vorschläge der Verwaltung)

| | 2010 | 2011 | 2012 |
|---|--------|----------|----------|
| Einsparungen: | | | |
| Personalaufwand Als Resultat der Anträge zum Stellenplan | 40 (0) | 100 (60) | 100 (60) |

| | | | |
|------------------------|---------|----------|----------|
| Bewirtschaftungskosten | 25 (10) | 120 (60) | 120 (60) |
|------------------------|---------|----------|----------|

Diese Erhöhung könnte zum einen möglich sein dadurch, dass bei dem Betrieb der Großsporthalle ein ähnliches Modell mit der TSG verfolgt wird, wie es beim Sportplatz schon mit dem SV45 umgesetzt ist. Entsprechende im Parlament mit breiter Mehrheit verabschiedete Anträge sollten wieder aktiviert werden.

Jedoch regt die FWG zu diesem Thema auch an, einmal quer zu denken und zu bewerten ob es nicht möglich sein könnte, deutlich mehr einzusparen als die von der Verwaltung angesetzten doch sehr pauschalen Summen aus Energie- und Wartungskosten von Liegenschaften und Fuhrpark. Hierzu hätten wir zum einen gerne einen Teil der von uns beantragten Erhöhung der Planungskosten eingesetzt.

Wenn eine Kommune zum Sparen gezwungen ist, muss es zum anderen erlaubt sein, stark defizitäre Posten im Haushalt zu identifizieren, kritisch zu hinterfragen und im Idealfall mit kreativen Lösungen diese Defizite zu minimieren. Wie im Haushalt nachzulesen, weist die Haushaltsstelle „Bürgerhäuser“ ein Defizit von gut 100.000 Euro aus. Daher haben wir uns erlaubt, als Denkanstoß zur Realisierung eines Einsparpotenzials eine eventuelle Verpachtung des Bürgerzentrums zu bewerten. Wie Sie aus dem Antrag erkennen können, bräuchte ein solches Projekt eine Vorlaufzeit, so dass wir uns eine Umsetzung – wenn überhaupt – frühestens in 2011 vorstellen können.

Selbstverständlich soll die „Gegenfinanzierung“ nicht von den das Bürgerhaus nutzenden Vereinen kommen. Die FWG steht zu Ihren Wahlversprechen, im Gegensatz zu anderen Parteien, aber dazu später mehr.

Wie im aktuellen Blättchen zu lesen, hat sich insbesondere die SPD im Vorfeld mit diesem „Denkanstoß“ auseinandergesetzt. Die FWG hätte sich gewünscht, dass sich die Genossen im Ausschuss nur halb so viel Zeit genommen hätten, sich mit unseren Vorschlägen konstruktiv auseinander zu setzen, wie sie benötigt haben, diesen Bericht zu verfassen.

Ich frage mich, ob die SPD-Fraktion wirklich an das glaubt, was Sie da schreibt. Glauben Sie wirklich, ich würde als langjähriges Mitglied des geschäftsführenden Vorstandes der TSG – Hauptnutzer des Bürgerzentrums – wirklich einer solchen Gegenfinanzierung durch die Vereine zustimmen? So werden hier offensichtlich bewusst Fehlinformationen veröffentlicht, was alleine für sich schon zu verurteilen wäre. Wenn dann aber auch noch erkennbar verschwiegen wird, dass die SPD Gebührenerhöhungen unterstützt, die ALLE Groß-Bieberauer belasten werden, ist das eine bewusste Manipulation und damit ein Niveau, auf das sich die FWG bestimmt nicht begeben wird.

Da offensichtlich zumindest die SPD unserer Argumentation im Ausschuss nicht folgen konnte, werde ich gerne an dieser Stelle nochmals unser Modell erläutern, was zugegebenermaßen auf einer einfachen Vorüberlegung beruht, die es nach Meinung der FWG jedoch rechtfertigt, ernsthaft im Detail darüber nachzudenken:

Gesetzt den Fall, die Stadt findet einen Pächter für den symbolischen Preis von 1 Euro / Jahr, bedeutet das zunächst eine Ersparnis von 103.000 Euro jährlich für die Stadt Groß-Bieberau. Angenommen der Pächter vermietet den großen Saal für 30 Euro / Stunde an Vereine, dies laut aktuellem Belegungsplan 30 Std./Woche und 50 Wochen im Jahr, und die Stadt übernimmt die Miete für die Vereine, bedeutet das eine Belastung von 45.000 Euro im Jahr für die Stadt, NICHT für die Vereine. Einsparpotenzial 58.000 Euro. Die Diskussion von Details sowie von Zusatznutzen würde den Rahmen dieser Stadtverordnetenversammlung sprengen. So viel zu diesem Aspekt des Sicherungskonzeptes.

Einsparung durch:

| | | | | |
|--------------------------|-----|----------|-----------|-----------|
| Reduzierung Senio-Umlage | neu | 5 (2010) | 20 (2011) | 40 (2012) |
|--------------------------|-----|----------|-----------|-----------|

Hier erwarten wir – nicht zuletzt durch die Verlängerung des Engagements von Herrn Keiber, was wir ausdrücklich begrüßen - eine deutliche Verbesserung der Wirtschaftlichkeit der Gersprenz gGmbH und damit einen Rückgang der von den Kommunen zu leistenden Umlagen. Durch konstruktiv kritische Begleitung sollten die Kommunen zu entsprechend positiven Rahmenbedingungen beitragen, jedoch auch den nötigen Druck zur Erreichung dieses Zieles ausüben.

Mehreinnahmen (im Vergleich zum Vorschlag der Verwaltung und Koalition, Werte jeweils in 1.000 Euro):

Die Grundsteuer B bleibt unverändert.

Öffentlich rechtliche Leistungsentgelte (Ab-/Wassergebühren) bleiben bis mindestens 2012 auf Stand 2008.

| | | | |
|---------------|--------|--------|--------|
| | 2010 | 2011 | 2012 |
| Grundsteuer B | 0 (40) | 0 (40) | 0 (40) |

Für eine Mehrbelastung der Bürger in der jetzigen Situation ohne Not gibt es für uns keine stichhaltige Begründung. Wir von der FWG möchten von einer Erhöhung der Grundsteuer B absehen.

Leistungsentgelte: 0 (100) 0 (100) 100 (100)

Nachweislich wurden in den Wasser- und Abwasserbilanzen in der Vergangenheit IMMER signifikante Überschüsse erwirtschaftet, die zweckgebunden zu Investitionen einzusetzen waren und sind. Daher ist dem Bürger eine entsprechende Gebührenerhöhung nicht zu vermitteln, insbesondere auch falls diese Überschüsse in der Vergangenheit NICHT zweckgebunden eingesetzt worden sein sollten.

Die Empfehlungen des Haupt- und Finanzausschusses waren leider eindeutig, die Vertreter der Koalition aus SPD und CDU haben nach extrem kurzer Beratung und ohne nachfolgende Begründung alle wesentliche Anregungen der FWG abgelehnt. Umso mehr bitten wir heute die Stadtverordnetenversammlung um Zustimmung.

Abschließende Stellungnahme:

Die grundlegenden Überlegungen der FWG-Fraktion betreffend den Haushaltsentwurf 2009 wurden ausführlich erläutert, ebenso die einzelnen Anträge, die nach langer, intensiver Vorbereitung dem Haupt- und Finanzausschuss zur Beratung vorgelegt wurden. Es ist bedauerlich und mehr als unverständlich, dass diese Anträge, die der Koalition in besagter Sitzung erstmals präsentiert wurden, nach einer überaus kurzen Aussprache und 10-minütiger Sitzungsunterbrechung rundweg abgelehnt wurden. Obwohl wir den Vorschlag gemacht hatten, diese Ansätze in die Fraktionen mitzunehmen und dort in Ruhe zu beraten. So ist es übrigens in der FWG schon immer gute Sitte.

Uns zeigt dies erneut, dass die Koalition überhaupt nicht daran interessiert ist, konstruktive Vorschläge der FWG aufzugreifen und weiterzutragen, ja nicht einmal daran interessiert ist, diese Ansätze überhaupt zu verstehen.

Unsere Empfehlung an die Koalition lautet daher, einmal ernsthaft darüber nachzudenken, ob eine solche Haltung der Sache dient und Groß-Bieberau weiterbringt. Dies ist das Ziel, dem sich zumindest die Parlamentarier der FWG verschrieben haben.

Nach den vorangegangenen Ausführungen ist es sicherlich nicht verwunderlich, dass die FWG-Fraktion den Haushaltsentwurf 2009 ablehnt, da im Ergebnishaushalt für die FWG sehr wichtige, für Groß-Bieberau zukunftsweisende Anregungen rundweg abgelehnt worden sind und wir den Rathausumbau zum jetzigen Zeitpunkt nicht mittragen können.

Ebenfalls ablehnen werden wir aus den gleichen Gründen den Stellenplan.

Zum Haushaltssicherungskonzept noch ein Wort:

In jüngster Vergangenheit war im Zuge der Landtagswahl oft von Wortbruch die Rede. Leider sieht es in Groß-Bieberau – selbst auf kommunaler Ebene – nicht viel anders aus, wird es mit Wahlversprechen aus 2006 nicht so genau genommen.

Hierzu darf ich zum einen aus dem Wahlprogramm der CDU zitieren:

Unter der Überschrift „Beständigkeit und soziale Verantwortung für Groß-Bieberau“ ist unter anderem zu lesen:

„Es müssen weitere Möglichkeiten sparsamer Wirtschaft ausgeschöpft werden. Ausgabenkürzungen und Aufgabenkritik haben Vorrang vor Steuer-, Gebühren- und Beitragserhöhungen. Die CDU Groß-Bieberau spricht sich gegen die Erhöhung der Grundsteuer B aus.“

Ich frage mich: wie will die CDU den Bürgern vor diesem Hintergrund die Gebührenerhöhung vermitteln ?

Anderes Beispiel gefällig? Die Genossen stehen dem in nichts nach. Ich zitiere aus dem Wahlprogramm 2006:

„Wir möchten, dass die hohen Personalkosten der Stadtverwaltung gesenkt werden. Wir möchten auch, dass die enormen Überschüsse bei den Gebühren für Wasser und Kanal für die Sanierung des Leitungsnetzes verwendet werden – und nicht im städtischen Haushalt verschwinden! Wir wollen dafür sorgen, dass die Rücklagen, also der Sparstrumpf der Stadt, nicht in erster Linie die Verwaltung finanzieren wird.“

Wie rechtfertigt die SPD vor diesem Hintergrund eine Erhöhung der Wasser- und Kanalgebühren? Und warum hat Sie unsere Änderungen im Stellenplan nicht mitgetragen ?

Der Vorschlag zur Haushaltskonsolidierung wird daher ebenfalls aus gutem Grund von der FWG abgelehnt.

Gestatten Sie mir noch eine abschließende allgemeine Bemerkung.

Gespannt wurde auch seitens der FWG der erste Haushaltsentwurf des neuen Bürgermeisters erwartet. Und ich muss gestehen: Wir sind sehr enttäuscht.

Gebühren und Abgaben zu erhöhen und damit die Bürger zu belasten, ohne deutlich erkennbare Einsparpotenziale zu realisieren, ist nicht akzeptabel.

Einen Rathausumbau mit einem sechsstelligen Betrag zu betreiben, aber keine 2.500 Euro zur Anschubfinanzierung des Seniorenbeirates zur Verfügung zu haben, ist bedenklich. Noch bedenklicher ist es, kein Geld bereit zu stellen, damit die dringend erforderliche Belegung des Stadtkerns endlich angeschoben werden kann. Die FWG hat den Eindruck, Groß-Bieberau wird verwaltet, nicht entwickelt.

Es sei mir in diesem Zusammenhang auch gestattet, auf weitere, sich noch im Geschäftsgang der Stadtverordnetenversammlung befindliche Anträge zu verweisen, die schon viel zu lange ruhen:

Fortführung Agenda 21 – gemäß Antrag der Grünen vom 11.4.

Runder Tisch Verschwisterung / Partnerschaften, Antrag der FWG vom 2.6.08

Dauerbaustelle Senio – hier steht noch eine Infoveranstaltung für die Parlamentarier an.

Und, und, und...

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, für all diese Dinge sollten Sie Ihre Energie einsetzen, nicht für einen Rathausumbau, der derzeit niemandem zu vermitteln ist.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.